Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 8

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein Beispiel, das in der Praxis leicht vorkommen kann: Viele Kolchosbauern arbeiten im Winter in einer benachbarten Verwaltungseinheit. Sie beziehen aber ihren Lohn und teilweise auch Konsumgüter weiterhin vom angestammten Arbeitsplatz. In diesem Falle scheitern die erwähnte Bilanz, beziehungsweise der Warenumlaufsplan in beiden Verwaltungseinheiten.

Die Staatsbank hat es trotz ihrer vermehrten Kompetenzen und ihrer gefestigten rechtlichen Lage sehr schwer, alles unter Kontrolle zu halten: Konsumgüterproduktion, die Entwicklung des Detailhandels, die Umgruppierung der Arbeitskräfte. Das ist selbstverständlich eine alte Krankheit des Planungssystems. Die unvermeidlichen Imponderabilien kann es nicht verdauen. Allerdings werden sie durch die Aufhebung menschlicher Freiheit möglichst reduziert.

Kadermangel

Der gewaltige Umfang der erweiterten Institution setzt einen Stab von geschulten Kräften voraus, die vorläufig noch nicht da sind. Letztes Jahr hatte die Staatsbank mehr als 4000 Filialen und über 3000 Ein- und Auszahlungskassen. Die Agenturen sind im Ausbau begriffen. Die Staatsbank wickelt im Tagesdurchschnitt 3,8 Millionen Bankoperationen ab. Die Anzahl der Fachleute mit Hoch- oder Mittelschulbildung im Dienst der Staatsbank stieg von 1958 bis 1961 von 30 000 auf 46 000, aber immer noch haben etwa 15 Prozent der Filialleiter keine abgeschlossene Mittelschulbildung. Vor allem scheint es gegenwärtig an Fachleuten zur Ueberprüfung von Bau- und Montagearbeiten zu fehlen.

Dieser Schwierigkeit ist allerdings die Staatsbank im Begriff, energisch zu begegnen. Fortbildungskurse verschiedener Art und Seminarien sollen das Niveau der Angestellten heben. Dem Nachwuchs dienen 15 Schulen für Buchführung und Bankwesen, ferner ein Allunions-Fernunterrichtstechnikum.

Noch unerprobt

ist ein Versuch in der RSFSR. Um Buchführung und Verrechnung zu zentralisieren, werden dort besondere Buchhaltungszentren (insgesamt 3036 für 30 000 Wirtschaftseinheiten) errichtet. Die Buchführung wurde für gewisse Wirtschaftszweige innerhalb einer Verwaltungseinheit zentralisiert, so dass die Anzahl von Kontokorrents in der Staatsbank vermindert werden konnte. Die Entwicklung ist allerdings noch zu jung, als dass sich bereits ein Urteil über Erfolg oder Misserfolg bilden liesse.

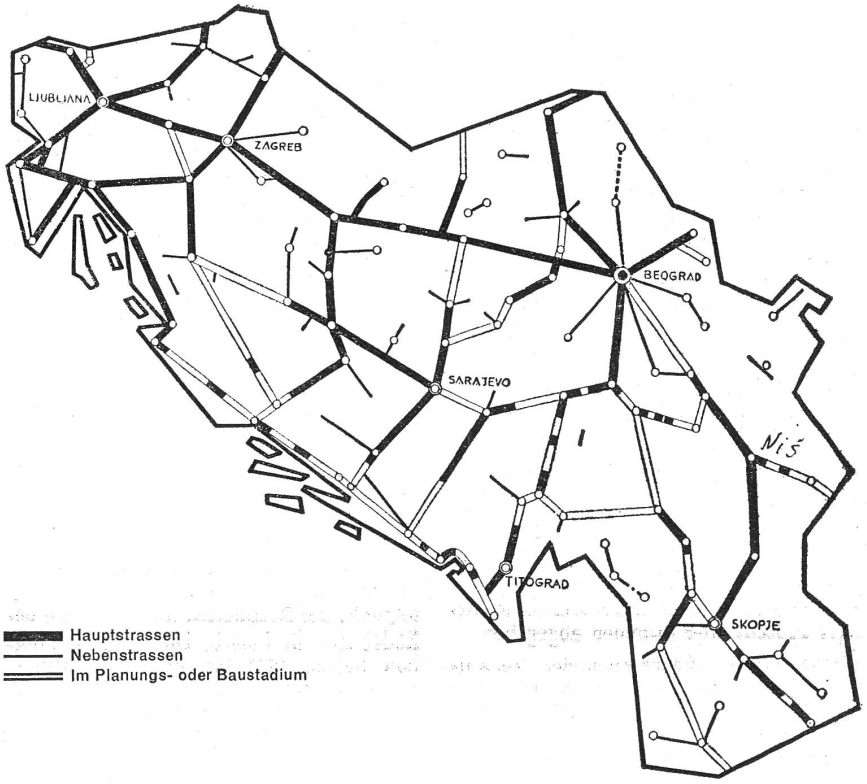
In den Volksdemokratien

weisen die Staatsbanken oder Nationalbanken einige Besonderheiten auf, aber im grossen und ganzen sind sie in Struktur und Befugnissen auf das sowjetische Vorbild ausgerichtet.

Einige Abweichungen seien aufgezählt: In Polen, Ungarn, Rumänien und der Vietnamesischen Demokratischen Republik gibt es Kredit- und Leih-Sparkassen-Genossenschaften, welche sowohl aktive als auch passive Bankoperationen durchführen. Ausserdem gibt es in der SBZ noch Gewerbe-Handwerkbanken. In der Mongolei und in Albanien wird hingegen das ganze Bankwesen in einer einheitlichen Staatsbank konzentriert. (Die Sparkassen funktionieren im Rahmen der Staatsbank.) In China wurde die Nationalisierung der kleinen und mittelgrossen Privatbanken immer noch nicht vollständig durchgeführt, was natürlich angesichts der engen staatlichen Finanzkontrolle praktisch keine Rolle spielt. In Ungarn hat die Nationalbank die Form einer Aktiengesellschaft, in den übrigen Volksdemokratien sind die National- oder Staatsbanken direkt staatliche Institutionen.

Variationen gibt es bei den Zinssätzen, besonders beim Verzugszins.

Die Zusammenarbeit zwischen den Staats- oder Nationalbanken der kommunistischen Staaten wird seit 1950 ständig verstärkt. 1950 wurde der Rubel auf Goldbasis umgestellt und ersetzt seitdem den Dollar bei Kreditoperationen zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien. Nach kommunistischer Finanztheorie ist der Wert der sozialistischen Valuten doppelt garantiert: durch Gold und durch entsprechende Warenvorräte.



Verkehr

Jugoslawien

Strassenbauprogramm

Im ersten Jahr des jugoslawischen Fünfjahresplanes 1961 bis 1965 sind die Strassenarbeiten zum geplanten Hauptverkehrsnetz des Landes schon erheblich fortgeschritten.

Die Autobahn Ljubliana—Zagreb, Belgrad—Skopje—Djevdjelija (an der griechischen Grenze) wird voraussichtlich bis Ende des nächsten Jahres beendet sein. Sie trägt den Namen «Brüderlichkeit und Einheit» und stellt eine recht wichtige Verbindung zwischen Europa und dem Nahen Osten dar (Jugoslawien—Griechenland, Türkei—Syrien).

Von touristischer und militärisch-strategischer Bedeutung ist die in ihrem nördlichen Teil fertig erstellte Adriastrasse. Die Verbindung, die von Belgrad über Sarajewo in nordwestlicher Richtung in die bosnischen Gebiete führt, dürfte ebenfalls von militärischer Wichtigkeit sein, da sich dort grössere und neuere Stützpunkte der jugoslawischen Armee befinden sollen.

Die Strecke von Belgrad über Titograd an die Adria wird nicht zuletzt den Warentransport fördern, da es sich um die kürzeste Strassenverbindung zwischen der Hauptstadt und dem Meer handelt. Selbstverständlich hat auch sie touristische Bedeutung.

Zum Strassenbau wurden letztes Jahr nicht nur die regulären Arbeitskräfte eingesetzt, sondern auch «freiwillige Jugendbrigaden», die ihre Ferien auf diese Art verbrachten.

In der Textilindustrie wurden in den letzten Monaten rund 2500 neue automatische Webstühle in Betrieb gesetzt, die jährlich 60 Millionen Quadratmeter Baumwoll-, Seiden-, Relon- und Flachsgewebe erzeugen. In der Lederindustrie wurden die Betriebe mit neuen automatischen Maschinen ausgestattet, die jährlich 1 Million Quadratmeter Leder für Schuhoberteile verarbeiten.

Durch die Inbetriebnahme der für dieses Jahr vorgesehenen Ausrüstungen wird die Wirkungsproduktion vollständig, die Lederindustrie zur Hälfte, die Haushaltglasindustrie zu 45 Prozent, die Produktion von Flachs- und Hanfgewebe zu 40 Prozent und die von Baumwollgewebe zu 11 Prozent automatisiert.

Laut «Romania Libera» (Bukarest) wird die rumänische Glas- und Porzellanproduktion gegenüber 1961 fühlbar ansteigen. Dies sei darauf zurückzuführen, dass 1962 etwa 45 Prozent der gesamten Ausrüstungen automatisch arbeiten, gegenüber 12 Prozent 1960.

Die Rumänische Volksrepublik

Geschichte: 1944 stürzte König Michael den hitlerhörigen Diktator Antonescu, als die sowjetischen Truppen bis zur rumänischen Grenze vorgedrungen waren. Unter sowjetischem Druck wurde am 27. Februar 1945 eine kommunistische Regierung gebildet. Die Parteien wurden eine nach der andern aufgelöst bis zum kommunistischen Einparteiensystem, das 1948 endgültig erreicht wurde. Proklamierung der Volksrepublik nach erzwungener Abdankung des Königs am 30. Dezember 1947. Bodenreform durch Verteilung des enteigneten Grossgrundbesitzes wurde von der nachherigen Kollektivierung wieder rückgängig gemacht (heute umfassen die Staatsgüter und Kolchosen mehr als vier Fünftel des nutzbaren Bodens). Verstaatlichung von Wirtschaft und Industrie wie in den übrigen Volksdemokratien. 1952 Machtkampf an der KP-Spitze mit Sturz der Gruppe Pauker-Luka.

Verfassung: 1952 nach sowjetischem Muster. Aenderungen und Ergänzungen 1961.

Regierungsform: Einkammerparlament (Nationalversammlung) mit «Wahl» der Abgeordneten auf vier Jahre. Kollektives Staatsoberhaupt ist der Staatsrat, dessen Präsident der Erste Parteisekretär Gheorghiu-Dej (Curriculum, KB Nr. 7) ist. Ministerpräsident: Jon Georghe Maurer (siehe Curriculum).

Die Kommunistische Partei heisst «Rumänische Arbeiterpartei». Bei den «Wahlen» 1961 wurden für die von KP kontrollierte Einheitsliste der «Demokratischen Front» 99,77 Prozent aller Stimmen abgegeben.

Fläche: 237 502 Quadratkilometer. Verwaltungsgliederung in zwei Stadtbezirke (Bukarest und Constanta) sowie 16 Regionen. Rumänien verlor Bessarabien und Nordbukowina (Buchenland) an die UdSSR.

Einwohner: 18,7 Millionen. Bevölkerung: 86 Prozent Rumänen, 9 Prozent Magyaren (in Siebenbürgen besteht eine «autonome magyarische Region), mehrere Minderheiten, darunter Deutsche.

Religion: Die rumänisch-orthodoxe Kirche überwiegt. Sie ist die einzige Kirche, welche die blutigen Verfolgungen nach 1948 nicht in vollem Ausmass erleben musste. Staat und Partei suchen sie unter Kontrolle zu halten. Die Katholiken, Protestanten, Juden und Mohammedaner verloren ihren Klerus weitgehend durch Hinrichtung oder Einkerkerung. Heute wird die Diskrimination der Gläubigen vor allem gesellschaftlich und propagandistisch durchgeführt. Theoretisch besteht Religionsfreiheit bei Trennung von Kirche und Staat, praktisch ist der militante kommunistische Atheismus in diesem Satelliten besonders ausgeprägt.

Wirtschaft: Total verstaatlicht. Planungsrahmen: Drei-, Fünf- oder Sechsjahrespläne (gegenwärtig 1960 bis 1965), dazu jährliche Volkswirtschaftspläne.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte eine strke Industrialisierung ein, was den früheren reinen Agrarcharakter des Landes bedeutend geändert hat. Diese Entwicklung wird durch die Anwesenheit reicher *Bodenschätze* erleichtert. An erster Stelle steht unter ihnen das *Erdöl* mit einer Jahresproduktion von 11,5 Millionen Tonnen (1960). Die Erdölvorkommen werden auf 180 Millionen Tonnen geschätzt. Der Mittelpunkt der Raffinerien (insgesamt 60) befindet sich in Ploesti. Die *Erdgasproduktion* betrug 1960 insgesamt 6,5 Milliarden Kubikmeter. Laut Abkommen mit Ungarn liefert Rumänien jährlich 200 Millionen Kubikmeter Erdgas an Ungarn, deren grösster Teil im Chemiekombinat «Tiszamenti» Vegyimüvek» zu Kunstdünger verarbeitet wird.

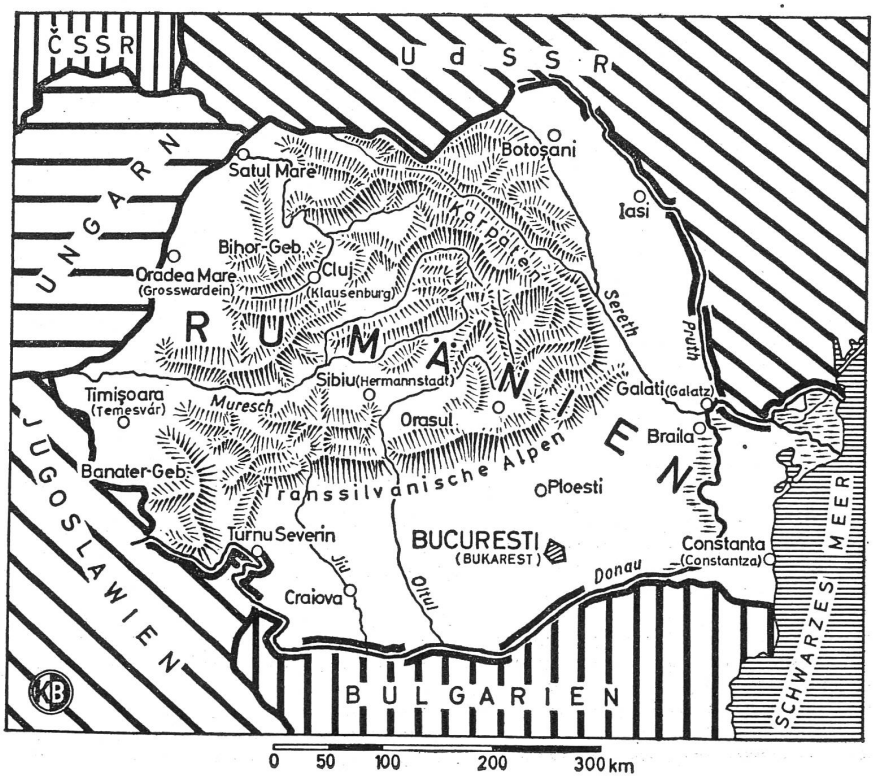
Weitere Bodenschätze: Kohle (Jahresproduktion über 8 Millionen Tonnen), Braunkohle, Eisen, Mangan, Blei, Zink, Gold, Silber, Bauxit, Chrom, Quecksilber.

Industrieproduktion: Die meistgeförderten Zweige sind die Schwerindustrie, die chemische und Maschinenindustrie. Die grössten Stahlwerke befinden sich in Huneodara und Braila (noch im Bau). Bedeutend ist auch das im Donaudelta erbaute Kombinat für Schilfzellulose. Grosse Investitionen gelten dem Ausbau der pharmazeutischen Industrie.

Produktionsdaten in Millionen Tonnen (1960): Roheisen 1, Stahl 1,8, Walzgut 1,3, Eisenerz 1,5. Zu den wichtigen Erzeugnissen gehören Chemieprodukte, Gewebe, Traktoren, Güterwagen.

Aussenhandel: Verstaatlicht, untersteht dem Aussenhandelsministerium und wird durch staatliche Aussenhandelsgesellschaften getätigt. Wichtigster Partner ist die UdSSR.

Wichtigere Exportposten: Benzin, Dieselöl, Heizöl, Bauholz, Bauxit, Stahlrohre, Kugellager, Traktoren, Güter- und Kesselwagen, Kalzinierte Soda, Zement, Flachglas.



Partei

Ungarn

Rakosi-Mann zurück

Ein ehemaliger unverbesserlicher Stalinist wurde zum Leiter des Verlags der Ungarischen Sozialistischen (kommunistischen) Arbeiterpartei ernannt.

Es handelt sich um Andor Berei, einen der wichtigeren Männer des stalinistischen Regimes Matyas Rakosis, der jetzt im Exil in der UdSSR lebt. Seine grausame Herrschaft hatte schliesslich zum Volksaufstand des Jahres 1956 geführt.

Zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Revolution im Oktober des Jahres 1956 war Berei Vorsitzender des Nationalen Planungsbüros. Die Parteiorganisation des Planungsbüros verlangte seinen sofortigen Rücktritt. Als die Freiheitskämpfer ihn und seine Frau Erzsebet Andics, Parteihistorikerin und ehemalige Leiterin der kulturellen und wissenschaftlichen Abteilung des ZKs, verhaften wollten, zeigten die Bereis sowjetische Pässe vor. Beide verbrachten die Zeit zwischen den beiden Kriegen in Moskau und hatten damals die sowjetische Staatsbürgerschaft angenommen. Sie flohen wieder in ihr neues Vaterland.

In seiner Rundfunkansprache vom 14. November 1956 hatte Janos Kadar, der seit dem 4. November 1956 Partei- und Regierungschef in Ungarn ist (von den Sowjets eingesetzt), Berei und dessen Frau unter denjenigen 14 prominentesten Mitgliedern der Rakosi-Clique genannt, die nie mehr ein Partei- oder Regierungsamt bekleiden dürften und zu ihren ursprünglichen Berufen zurückkehren müssten.

Zusammen mit einer ganzen Reihe anderer Rakosi-Anhänger kehrten die Bereis im Jahre 1958 ohne Aufsehen zu erregen nach Budapest zurück und wenig später war Berei Herausgeber der «Neuen Ungarischen Enzyklopädie». Seine Ernennung zum Leiter des parteieigenen «Kossuth»-Verlages zu einem Zeitpunkt, wo überall

in Ungarn die Entstalinisierung im Gange ist, stellt eine Ueberraschung dar.

Es ist ein seltsamer Zufall, dass die Tochter Bereis mit Vladimir Farkas verheiratet ist, einem AVH-Obersten, der für die Torturen Kadars, der damals ein Opfer Rakosis war, verantwortlich ist. Vladimir und sein Vater, Mihaly Farkas, der die Torturen des AVH leitete, waren im Jahre 1957 verhaftet und verurteilt, drei Jahre später aber wieder begnadigt worden.

Ablösung unten

Die im vergangenen Jahr abgehaltenen Neuwahlen in den wichtigsten Parteiorganisationen der ungarischen sozialistischen (kommunistischen) Arbeiterpartei brachten grosse Veränderungen.

In der Folge des 22. sowjetischen Parteikongresses war auch in Ungarn die Kritiklust erheblich gestiegen.

In ihrer Januar-Ausgabe veröffentlicht «Tarsadalmi Szemle», die theoretische Monatszeitschrift der ungarischen KP, die Ergebnisse dieser Neuwahlen, die in der Zeit vom 15. Oktober bis 30. Dezember 1961 abgehalten worden waren.

In den zirka 18 000 Parteizellen wurden ungefähr 20 Prozent (das sind also fast 3600) der ehemaligen Parteisekretäre und 30 Prozent der ehemaligen Exekutivmitglieder nicht wiedergewählt.

Eine im Juni des vergangenen Jahres verabschiedete Resolution, die die Wahlen für erforderlich erklärte, sah auch vor, dass Personen, die nicht der Partei angehörten, zu den Mitgliederversammlungen, auf denen die neuen Funktionäre gewählt werden sollten, eingeladen werden können.

Soziales

SBZ

Neue Mehrnormen

Der Zentralvorstand der SBZ-Industriegewerkschaft Bau-Holz erklärt, dass «die Masse der vorhandenen Arbeitsnormen ihrer Funktion als Mass der Arbeit und Verteilung nicht gerecht» wird. Von dieser Beurteilung ausgehend wird nunmehr ein «Bestwertkatalog Bauwesen» aufgestellt, dessen Zeitwerte künftig als technische Arbeitsnorm-Bestwerte in allen Bau- und Baustoffbetrieben der Sowjetzone verbindlich sind.

«Im Interesse einer höheren Wirksamkeit des Arbeitslohnes auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität kann künftig Lohn, der nicht geplant und nicht leistungsgebunden ist, nicht mehr gewährt werden», heisst es in einer «Argumentation» der Abteilung Löhne/Baustoffe des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Bau-Holz für ihre Funktionäre. Mit deren Hilfe soll Arbeitern dieses Industriezweiges die Einführung «einheitlicher Normen, die auf den besten Werten beruhen», schmackhaft gemacht werden. Das heisst Lohnplafond.

Die Industriegewerkschaft Bau-Holz rechnet damit, dass die Arbeiter die Einführung des sogenannten «Bestwertkataloges» nicht widerspruchslos hinnehmen werden. «Die Einführung des Bestwertkataloges wird sich nicht im Selbstlauf durchsetzen und nicht ohne Konflikte vor sich gehen», heisst es in der «Argumentation» für die Funktionäre, mit der gleichzeitig eine «Direktive für die Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen und Einführung des Bestwertkataloges im Bauwesen» des Sowjetzonen-Ministers für Bauwesen, Ernst Scholz (SED) herausgegeben worden ist. Die Gewerkschaft verlangt von ihren Funktionären «eine Verbesserung der politisch-ideologischen Ueberzeugungs- und Aufklärungsarbeit unter allen Arbeitern». Dabei komme es vor allem darauf an, «der Frage der Arbeitsmoral und der Arbeitsdisziplin mehr Aufmerksamkeit zu widmen».

Versorgung

Polen

Weniger Import – mehr Essen

Die polnische Regierung fürchtet, dass Importverkürzungen unausweichlich sein werden. Das polnische Volk hofft es. Die Einfuhr von Maschinen wird mit der Ausfuhr der ohnehin knappen Lebensmittel bezahlt.

Seit 1956 erhielt Polen 1 Milliarde Dollar Auslandsanleihen, wovon zirka 50 Prozent von westlichen Ländern gewährt wurden. Die Rückzahlung sollte im Vorjahr beginnen, stösst aber infolge der laufend defizitären Aussenhandelsbilanz (1959 = 1,1 Milliarde, 1960 = 0,7 Milliarde Devisenzloty) auf grösste Schwierigkeiten. Der Plan für das Jahr 1960 hat zwar einen Devisenüberschuss von 140 Millionen Dollar vorgesehen, aber die Importe stiegen so in die Höhe, dass sich ein Passivsaldo von 188 Millionen Dollar ergeben hat.

Obwohl endgültige Statistiken noch nicht veröffentlicht wurden, steht schon fest, dass es auch im Jahre 1961 nicht gelungen ist, den erwünschten Exportüberschuss herauszuwirtschaften. Wenn der Aussenhandel auch im laufenden Jahr keinen Exportüberschuss von mindestens 58 Millionen Dollar erreichen kann, so muss es zu drastischen Importkürzungen kommen. Die polnischen Wirtschaftskreise sind vorläufig nicht sehr optimistisch, denn laut ihren Informationen wären die von den Unternehmungen vorgelegten Investitionspläne bereits um 15 Prozent höher als es die Interessen einer aktiven Handelsbilanz erlauben würden.

Vor allem denkt man, die Einfuhr jener Maschinen einzuschränken, die auch im Inland erzeugt werden. Die Kürzung der Importe wird von der Bevölkerung eher mit Zufriedenheit aufgenommen, weil damit ihre Versorgungslage nur verbessert wird. Trotz der angespannten Lebensmittelversorgung exportierte Polen im Jahr 1960 rund 110 000 Tonnen Fleisch und Fleischprodukte, 28 599 Tonnen Butter, 3462 Tonnen Fett, 972 Millionen Stück Eier.

Ideologie

Sowjetunion

Kontakthass

Was in der Schweiz «Hysterie der Reaktionäre» und «Rittertum des Kalten Krieges» ist, ist in der Sowjetunion eine erste ideologische Pflicht.

Dies laut den nahezu gleichzeitigen Darstellungen der ungefähr offiziellsten sowjetischen Presseorgane.

Es handelt sich einmal um die «Iswestija», die bekanntlich in schärfster Weise die schweizerischen Bewegungen zur Kontrolle der Ostkontakte angriff, zum andermal um «Partjinaja Schisn» (Zeitschrift des Zentralkomitees der KPdSU), die energisch den Schutz der Jugend vor der westlichen Propaganda fordert.

«Iswestija»: «Eine Welle des Antikommunismus und der antisowjetischen Propaganda hat in letzter Zeit die neutrale Schweiz erfasst. Die reaktionären Organisationen sind erschreckt über das lebhafte Interesse der schweizerischen Oeffentlichkeit an den Errungenschaften der Sowjetunion und der andern sozialistischen Länder und versuchen deshalb, die Bevölkerung künstlich von den Zeichen der Zeit fernzuhalten.»

«Partjinaja Schisn»: «Der Kampf gegen den Einfluss der feindlichen bürgerlichen Ideologie ist eine der wichtigsten Aufgaben der ideologischen Arbeit.»

«Iswestija»: «Dabei greifen sie (die schweizerischen ‚Ritter des Kalten Krieges') zu den altbewährten Mitteln der Verleumdung und sind gegen die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion ... Die Hysterie nimmt absurde Formen an.»

«Partjinaja Schisn»: «Der erfolgreiche Aufbau des Kommunismus vollzieht sich bekanntlich in der Atmosphäre eines verbissenen ideologischen Kampfes zwischen der sozialistischen Welt und der Welt des Kapitalismus. Die Ideologen des Imperialismus machen alles nur Mögliche, um die bürgerlichen Vorurteile in unseren Menschen wachzuhalten und wiederzuerkennen. Sie wärmen die veralteten Ideen auf, sie kultivieren die antikommunistische Moral. Indem sie die Presse und das Radio, den Tourismus und andere Möglichkeiten ausnützen, lügen die imperialistischen Ideologen auch weiter und verleumden den Sozialismus.»

«Iswestija»: «Zahlreiche Politiker und Persönlichkeiten (in der Schweiz) ... sind sich bewusst, dass der sowjetische Kurs zur Entwicklung der Beziehungen mit allen Ländern auf der Grundlage vollkommener Gleichberechtigung und beidseitigen Vorteils den eigentlichen Weg zur Besserung der internationalen Lage bedeutet.»

«Partjinaja Schisn»: Unsere gesamte ideologische Arbeit muss sich darauf konzentrieren, dieser feindlichen Propaganda energisch gegenüberzutreten und jeden Versuch unsere Menschen zu verderben, die Seele des Sowjetmenschen durch verlogene Märchen über den Reiz des kapitalistischen Lebens zu vergiften, zu vereiteln ...»

An sich scheint die dramatische Kontaktangst, wie sie im ZK-Organ erscheint, erstaunlich. Ist nicht der Sowjetbürger von den Tatsachen des Westens effektiv genug abgeschirmt? Selbst auf dem Gebiet der einfachsten Berichterstattung, gewiss. So erfuhr der Leser nur von der Freilassung Powers, nichts vom Austausch mit Abel. Ausser einigen ganz vagen Umschreibungen erfuhr er nichts über die Mauer in Berlin. Wenn dies schon Fakten betrifft, wie steht es erst mit Ausdeutung von Fakten, mit Ideologie und Propaganda! Er vernimmt nichts als die parteigenehme Darstellung. Und ist dennoch so gefährdet? Anscheinend ja, und nicht einmal der überlebende Reaktionär, der zu alt ist zur Neuorientierung, sondern die Jugend. Das ist übrigens das Thema des Parteiartikels. Der Verfasser A. W. Romanow, Kandidatsmitglied im ZK der KPdSU, geht übrigens andeutungsweise auf die Frage ein:

«... Zweite Frage: Wir sprechen oft von ‚Ueberbleibseln des Kapitalismus'. Die Frage lautet — ist dies auch auf die jungen Leute anwendbar, die während der sowjetischen Periode aufgewachsen sind und den Kapitalismus nie gesehen haben? Mir scheint, dass ‚Kapitalismus' hier fehl am Platz ist. Wäre es nicht angebracht, hier von ernsten Mängeln in der erzieherischen Arbeit gegenüber den Menschen zu sprechen?»

Die zwei Fragen behandeln ein und dasselbe Problem: warum gibt es beim sowjetischen Menschen nicht ein und dieselbe Moral, woher stammt die Unmoral und die asozialen Handlungen, warum existiert in unserer Gesellschaft auch weiterhin die Habgier, die Faulheit, die Nichtstuerei, ein unrichtiges Verhalten gegenüber den Frauen, warum treffen wir immer wieder Gauner, Diebe usw.? Natürlich gibt es in unserer erzieherischen Arbeit viele ernste Mängel... Aber lässt sich die Lebenskraft der Ueberbleibsel der Vergangenheit nur durch die Mängel in der erzieherischen Arbeit erklären? Unsere Propagandisten dürfen diesen Fragen nicht ausweichen. Es müssen geduldig und mit Nachdruck die Gründe dafür erklärt werden, warum Menschen, die in sowjetischen Schulen erzogen worden sind, in sozialistischen Unternehmungen arbeiten, nur die Luft des Sozialismus atmen, dennoch öfters von der faulen bürgerlichen Ideologie und von den Ueberbleibseln der Vergangenheit angesteckt werden.

Man darf die Augen nicht vor der öffentlichen Wahrheit schliessen, dass, trotzdem im Sozialismus im rechtlichen und sozialen Sinne eine Gleichheit aller Bürger erreicht worden ist, auf materiellem und kulturellem Gebiet noch gewisse Unterschiede zu verzeichnen sind. Dies ist der Grund für verschiedene Auffassungen, für die verschiedene Bewertung dieser oder jener Aspekte der Wirklichkeit...»

Abgesehen vom interessanten Zugeständnis im letzten Absatz bietet die ganze Phraseologie natürlich keine Erklärung für das Phänomen.

«Partjinaja Schisn» kann auch nicht gut sagen, dass in der Unfreiheit ein kleiner Schimmer, ein schwacher, ja selbst unechter Abglanz von Freiheit revolutionäre Kraft hat. Dass eine lose Naht im Lügengewebe den darin Verstrickten sofort zum Reissen lockt und nicht zum Nähen.

Der Kommunismus ist in ständiger Defensive vor diesen Kräften. Seine einzige Hoffnung zum Ueberleben ist ihre totale Ausschaltung. Er muss unsere Welt vernichten. Deshalb stehen auch wir in der Verteidigung, in der Verteidigung um unsere Existenz. Der Kampf zwischen der Offensive der Freiheit und der Aggression der Lüge kann nicht mit einem Unentschieden enden.

BRIEFE

Am lätzen Beispiel

Wenn ich in der Osthandelsfrage noch gezögert habe, bringt mich nun der Artikel «Auch Sportkontakte sind Taktik» doch dazu, nicht nur privat Stellung zu beziehen. Im Augenblick, da die Natostaaten — leider nicht auch die Schweiz — im Ski- und Eishockeysektor dem Ostblock endlich einmal den Riegel geschoben haben und die roten Sportkommissare hörbar mit den Zähnen knirschen, helfen Sie mit, diese erfreuliche westliche Morgendämmerung zu torpedieren. Es tut mir leid, aber am Schulbeispiel des Sports gibt's keinen faulen Kompromiss. Wo waren die Russen vor dem Zweiten Weltkrieg im Fussball, Eishockey, Geräteturnen, Basketball usw.? Nirgends! Seither hat sich das «dank» der lieben Sportkameraden im Westen grundlegend geändert...

Ihr Kommentar ist, um nichts anderes zu sagen, viel zu intellektualistisch. Nun sollten Sie aber wissen, dass auf die moderne, unverwurzelte Intelligenz kein Verlass ist, nie war. Jedem normalen selbstbewussten Schweizer Bürger ist es hingegen noch klar: bei Kontakten mit «sowjetinspirierten Sportkameraden» profitieren nur sie. Nachdem ich dann diesen Brief gedruckt gesehen habe, lege ich keinen Wert mehr darauf, Ihre Zeitschrift weiter zugeschickt zu bekommen. *F. P. F. in Saanen*

Wer unsere Stellungnahme genau liest, wird feststellen können, dass wir den multilateralen Sportkontakten nur dann zustimmen, wenn die wichtigsten Nationen der freien Welt vertreten sind. Chamonix und Colorado Springs sind Anwendungsfälle unseres Konzeptes, die wir deshalb durchaus befürworten. E. P. F. übersieht, dass wer die Augen schliesst, die Umgebung noch nicht ausgelöscht hat. Ist es der «verwurzelten Intelligenz» so schwer begreiflich, dass wir hart kämpfen müssen, um die Freiheit zu sichern, und dass Kampf wohl oder übel Feindkontakt voraussetzt?

Red. KB

Uebrigens: Wie Sie sehen, gehen wir auch sonst nicht ganz nach Ihrer Konzeption vor. Nachdem wir die Kündigung des Abonnementes schriftlich gesehen haben, drucken wir Ihren Brief ab. Trotzdem uns Ihre fordernden Manieren etwas modern und unverwurzelt vorkamen.

Horizont 3

Ich habe heute den Bücheranzeiger «Horizont 3» der Genossenschaft Literaturvertrieb Zürich, Feldstrasse 46, Zürich 4, und Buchhandlung Otto Waser, Klybeckstr. 46, Basel, erhalten. Meiner Ansicht nach ist dies ein kommunistischer Buchvertrieb. Kennen Sie diese Genossenschaft? Wenn es eine kommunistische Sache ist, können Sie mithelfen dies unter den Leuten in der Schweiz bekanntzumachen. Ich bin der festen Ueberzeugung, dass wir auch hier für unsere Sache und somit für die Freiheit kämpfen müssen. *H. R. B. in Zürich*

Ihre Ansicht trifft zu. Kataloge und Prospekte schickt der Vertrieb vorwiegend an Studenten, deren Adressen den offiziellen Studentenverzeichnissen der Universitäten entnommen werden. Red. KB

«Dichtung»

Bulgarien

Marsch, zur Urne!

Für die bulgarischen Parlamentswahlen vom Februar (mit Einheitsliste) hat Frau Lili Lisitschkowa ein Marschlied von Emil Widlitschki vertont.

«Wenn Du vor neuen Urnen
am frühen Morgen stehst,
denke zurück an die sturmreichen Jahre,
die wir erlebten.

Wieder und immer soll in der Heimat
der Sieg triumphieren.
Gehe zur Urne, gehe zur Urne,
gib Deine Stimme mit Ueberzeugung.

Denke an alle Fabriken der Städte,
denke an alle Kombinen der Felder.
Zum Wohle des Volkes
sind sie geschaffen.

Wieder und immer soll in der Heimat
der Sieg triumphieren.
Gehe zur Urne, gehe zur Urne,
gib Deine Stimme mit Ueberzeugung.»

Marsch zur Urne der Demokratie.

Landwirtschaft

Tschechoslowakei

Zusammenlegung zusammengeklappt

Die Bildung von Grosscholchosen in der CSSR war ein Misserfolg. «Rude Pravo» berichtet:

«In allen unseren Kollektivwirtschaften denken nun die Bauern über die Ergebnisse der gemeinsamen Wirtschaft im vergangenen Jahr nach... Das ist auch in den zusammengelegten Kollektivwirtschaften der Fall — in den Jahren 1959 bis 1961 sind etwa 2000 solcher Kollektivwirtschaften entstanden.

In den zusammengelegten Kollektivwirtschaften ist im vergangenen Zeitraum eine Reihe von Problemen aufgetaucht, die vor allem mit der inneren Festigung dieser Kollektivwirtschaften zusammenhängt: diese Festigung ist für die weitere Steigerung der Produktion unerlässlich. Es handelt sich insbesondere um gewisse Probleme in Fragen der Leitung innerhalb der Kollektivwirtschaften, um einen beträchtlichen Mangel an Arbeitskräften mit der nötigen fachlichen Qualifikation und schliesslich um gewisse Schwierigkeiten in der konsequenten Anwendung der Demokratie innerhalb der Kollektivwirtschaften. Probleme gibt es auch in der Leitung der Kollektivwirtschaften durch die Nationalausschüsse und in der Geltendmachung des Parteieinflusses durch die Grundorganisationen der Partei.»

Die Zeitung geht zur konkreteren Schilderung über: Technisch habe sich nur das geändert, dass die früheren Kollektivwirtschaften jetzt als überflüssiges Zwischenglied weiter existierten. Und das sei meistens alles. Nur: «Dieser Zustand hilft uns nicht, die Produktion zu steigern, eher im Gegenteil.» Die Produktionsverminderung aber sei schliesslich nicht Zweck der Uebung gewesen.

War es etwa seinerzeit die Kollektivierung, die doch gleiche Erfolge mit sich brachte?

Letztes Jahr haben 22 500 tschechoslowakische Jugendliche im Rahmen von Kollektivreisen des Jugendverbandes das Ausland besucht, wie es scheint allerdings nur das «sozialistische» Ausland (bei der Anmeldung berücksichtigt werden Mitglieder von Kollektivs und Sozialistischen Arbeitsbrigaden). Anderseits habe die Zahl jugendlicher Touristen aus dem kapitalistischen Westen im Jahr 1961 gut 2000 betragen, rund doppelt soviel als vor zwei Jahren. Dies sei, bemerkt die Presse, «der beste Beweis dafür, dass die Jugend der kapitalistischen Länder einen guten Eindruck von der CSSR gewonnen hat».

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 21. Februar 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Diese Zeichnung aus dem Moskauer «Krokodil» ist ein besonders typisches Beispiel zum Thema «Löffel — Werkzeug» (der Löffel ist in der Sowjetunion das sofort verständliche Symbol für nichtstuerische und parasitische Haltung — vgl. KB Nr. 44, 1961). Das Motiv ist beim theoretisch angebrochenen «Aufbau des Vollkommunismus» in der sowjetischen Parteipresse ungeheuer beliebt. Es soll den Arbeiter daran erinnern, dass die in Aussicht gestellte offizielle Arbeitszeitverkürzung nur durch ein erhöhtes Mass an unbezahlter «freiwilliger Aufbauarbeit» kompensiert werden kann. Mehrverpflichtungen der Arbeiter erwartet man als Geschenk an die «Partei des Proletariates».

Auf unserm Bild erkennen wir ein immer wieder vorkommendes Merkmal der kommunistischen Witzdarstellungen: Das Auseinanderbrechen in Karikatur und Sonntagsschulzeichnung, wenn auf dem gleichen Bild «positive» und «negative» Gestalten erscheinen. Helden der kommunistischen Gesellschaft dürfen nicht karikiert, sondern müssen idealisiert werden. So kommt es zu diesen stereotypen Arbeitshelden, die nach westlichen Begriffen den Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen meistens schon getan haben. Die Idolatrie verdrängt nicht nur den Humor, sondern auch jede Lebensechtheit. Das ist der «sozialistische Realismus», dem die Realität als Grundlage fehlt.

Der Schnappschuss

In der SBZ steht wiederum die Leipziger Messe bevor, welche für die Handelskontakte zwischen den Ländern diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges wirbt. Selbstverständlich wirbt auch die sowjetzonale Presse. Etwa mit einem grossen Artikel in der «Materialwirtschaft» unter dem Titel: «Wo stehen wir in der Störfreimachung bei metallurgischen Erzeugnissen?» Unter Störfreimachung versteht man natürlich die Umstellung von Westimporten auf sowjetische Importe, allenfalls auf Eigenproduktion. Das Thema oder vielmehr das selbstverständliche Nebeneinander der beiden Themen gibt es übrigens in der SBZ seit Jahr und Tag.

*

«Neues Deutschland» lässt Paul Fröhlich, Kandidat des Politbüros, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses für Nationale Verteidigung der Volkskammer, auf Fragen antworten: Da hat vorhin ein ehemaliger Westberliner, jetzt Bürger unserer Republik, gesagt, wir hätten vor den Massnahmen vom 13. August erst eine Volksabstimmung machen sollen. Das habe ich noch nirgends in der Welt erlebt, eine Volksabstimmung über militärische Verteidigungsmassnahmen, die sich aus einer bestimmten Situation ergeben.» Wenn Genosse Fröhlich am ersten Aprilsonntag die Schweiz besuchen wollte, würde er es erleben. Allerdings würde er bei der imperialistischen Schweiz das Wort Verteidigung vermutlich nicht gelten lassen. Aber ganz kurz sei doch daran erinnert, dass die SBZ am 13. August nicht von Verteidigung sprach, sondern vom «Halt der Abwerbung». Das Motiv vom geplanten westdeutschen Ueberfall kam erst zwei Monate später in Umlauf, als der Bevölkerung das Lachen schon gründlich vergangen war, mit der sie den Witz sonst quittiert hätte.

*

Im übrigen befasste sich Fröhlich auch mit Pazifisten: «Wenn jemand erklärt, dass er zu uns gekommen ist, um nicht dienen zu müssen, so nehmen wir an, dass er unterdessen auch bei uns etwas dazugelernt hat. Wenn das freilich sein einziges Argument ist: «Hier habe ich das Vergnügen nicht eingezogen zu werden», dann ist das ein bisschen wenig. Selbstverständlich gelten die Gesetze der DDR für alle... Im Grunde genommen sind solche Leute Pazifisten. Aber ich kenne keinen Fall, dass selbst die couragiertesten Pazifisten in den letzten 2000 Jahren mit ihren Argumenten einen Krieg hätten verhindern können.» Was sich die Pazifisten, die mit den kommunistischen Friedensbeteuerungen werken, merken können.

Curriculum der Woche

ION GHEORGHE MAURER

Rumänischer Ministerpräsident.

Geboren am 8. Juli 1899 in Vorumloc, Region Tirnava Mare (Transsylvanien). Militärschulen, Rechtsstudium in Bukarest, Richter und Staatsanwalt. Praktiziert darnach als Anwalt und beginnt politische Karriere erst bei den Liberalen, dann bei der Radikalen Bauernpartei. Amtet 1940 als Verteidiger in einem Prozess gegen Kommunisten. Unter Antonescus Diktatur zweimal verhaftet. 1942 vermutlicher Beitritt in die KP (obwohl er von der Partei selbst als Mitglied seit 1936 bezeichnet wird). 1943 an die Krimfront geschickt. Im August 1944 organisiert er mit dem sowjetisch geschulten Kommandanten Bodnaras Aufstände und hilft beim angeblichen Ausbruch Gheorghiu-Dejs (vgl. KB Nr. 7) mit.

In der ersten unter kommunistischer Kontrolle gebildeten Regierung (März 1945) wird er Unterstaatssekretär für Konstruktion und öffentliche Arbeit, und arbeitet in den folgenden Jahren in verschiedenen Ministerien (Volkswirtschaft, Industrie und Handel) auf dem zweiten Posten. Nach der endgültigen kommunistischen Machtübernahme 1948 ins Zentralkomitee der neugebildeten Rumänischen Arbeiterpartei berufen. Wird für kurze Zeit Industrieminister und verschwindet dann nach dem Bruch zwischen Stalin und Tito für einige Zeit in der politischen Versenkung. Mühsamer Wiederaufstieg mit kulturellen, propagandistischen und juristischen Posten. Vom Moment an, da Gheorghiu-Dej wieder als Parteisekretär etabliert ist, wird auch Maurer wieder politisch prominent. Verschiedene (parlamentarische und gesellschaftliche) Posten von wachsender Bedeutung. Dann, am 11. Januar 1958, als Nachfolger des verstorbenen Petru Groza, Vorsitzender des Präsidiums der Nationalversammlung und damit Staatsoberhaupt. Beim dritten Parteiplenum 1960 ins Politbüro berufen. 1961 wird als neues kollektives Staatsoberhaupt der Staatsrat gegründet, dessen Vorsitz Parteichef und Machthaber Gheorghiu-Dej übernimmt. Maurer erhält seinen jetzigen Posten als Regierungschef.

Verheiratet. Fremdsprachenkenntnisse. Gilt als engerer Freund des Parteisekretärs.